

Kirche und Ökumene

MIKAT, PAUL. **Leitlinien künftiger Bildungspolitik.** In: Die neue Ordnung 36. Jhg. Heft 1 (Januar 1982) S. 15–25.

Als Folie für seine Überlegungen dient Mikat die Berliner Erklärung zur Bildungspolitik vom 6. März 1964, die von den Kultusministern der Bundesländer abgegeben worden war und die Chance eröffnet habe, „von ideologischen Verkrustungen und einseitigen Frontstellungen wegzukommen und ... zur Verwirklichung gemeinsamer Zielvorstellungen zu führen“. Diese Chance sei in der Folgezeit nicht genutzt worden. So bleibe weiter die Aufgabe gestellt, Konsense zu finden, „die zu guten Kompromissen führen“. Vonnöten sei dazu im bildungspolitischen Bereich vor allem ein Abbau der „Reformhektik“ und die „Zurückgewinnung des Augenmaßes für das Mögliche“. Es müsse erneut nach den Prioritäten gefragt werden; schulorganisatorische Probleme dürften jedenfalls nicht an erster Stelle stehen.

SCHMIDT-CLAUSEN, KURT. **Evangelische Spiritualität heute.** In: Zeitwende Jhg. 53 Heft 1 (Januar 1982) S. 34–44.

Ausgehend von der allgemeinen Bestimmung biblisch-christlicher Spiritualität als „Leben im Geist“, das nicht über den Geist Gottes verfügt, sondern immer neu um ihn bittet, nennt Schmidt-Clausen das geistliche Lied als eines der deutlichsten Signale genuin evangelischer Spiritualität. Hinter dem geistlichen Lied mit seinem eigenständigen Stil der Rede stecke die Glaubenüberzeugung von der unmittelbaren Nähe und Realität des dreieinigen Gottes: „Geschenkte Gerechtigkeit wird uns zuteil, weil im Gottesgeist Gottes ganzes Schaffen, Leben, Erlösen und Erneuern in Person zu uns kommt, um uns zu verwandeln.“ Evangelische Spiritualität ist für Schmidt-Clausen vor allem Spiritualität des Rechtfertigungsglaubens; ihre Mitte bilde der Glaube an den im Geist Gottes gegenwärtigen Herrn. Die „Glaubensgewißheit inmitten aller Untergänge“ kennzeichne Dank und Zutrauen als die Grundelemente des Gebetslebens, das sich aus der evangelischen Spiritualität ergebe. Charakteristisch für sie sei das mit dem Rechtfertigungsglauben verbundene Wissen um die „Unausweichlichkeit christlicher Existenz in zwei Bereichen“. Evangelische Spiritualität habe immer einen nachdrücklichen Einfluß auf die soziale und politische Realität auszuüben gewußt, ohne in Schwärmerei unterzugehen oder sich platter Aufklärungsmentalität auszuliefern.

Kirche und Rassismus. In: Concilium Jhg. 18 Heft 2 (Januar 1982)

Neben kurzen Situationsberichten zum Rassismus in verschiedenen Ländern (das südliche Afrika bleibt dabei merkwürdigerweise ausgespart) und Überblicksberichten zum ÖRK-Antirassismus-Programm und zur Haltung der katholischen Kirche dem Rassismus gegenüber enthält das Heft interessante Beiträge zu der nicht zuletzt als Antwort auf weißen Rassismus entstandenen „Schwarzen Theologie“. In einer sehr ungewohnten Art von Exegese beschäftigt sich *Cain H. Felder* mit der „doppeldeutigen Haltung zur Rassenfrage“, die er im Neuen Testament feststellen zu können glaubt. *Deotis Roberts* skizziert den Grundansatz einer „Schwarzen Theologie“ aus dem Blickwinkel der Neger in den Vereinigten Staaten. Ihre Basis finde die Schwarze Theologie in der von der mündlichen Tradition überlieferten ethnologischen Geschichte. Verwiesen wird auf das afrikanische Gemeinschaftsdenken als einer der geistigen Grundlagen einer Schwarzen Theologie. Sie solle als Interpret des Kampfes für die konkrete Verwirklichung der Freiheit und des Evangeliums zu einem tieferen Verständnis des Evangeliums führen. Selbstkritisch bemerkt Roberts, die Schwarze Theologie müsse sich erst noch bewähren.

Personen und Ereignisse

In einem Zeitungsbeitrag kritisierte Kardinal *Joseph Höfner* die von Erlanger Universitätsärzten vorgenommenen Versuche mit sogenannten Retorten-Babys als höchst bedenkliche Manipulation. Die Würde des Menschen sei durch chemische, medikamentöse und chirurgische Manipulation in erschreckender Weise bedroht. Nach christlichem Verständnis werde durch künstliche Befruchtung, die unmoralisch sei, die Ehe mechanisiert und entpersönlicht. Die Vertrauensverlagerung von Ehepaaren auf Ärzteteams sei „für Ehe und Familie, deren Lebensprinzipien Liebe und Vertrauen sind, höchst bedenklich“.

Die katholische Kirche kann einer Verkürzung des Asylverfahrens nur dann zustimmen, wenn ihr nicht durch Verschlechterung der Prüfungspraxis zu viele echte Verfolgte zum Opfer fallen. Dies machte der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Prälat *Paul Bocklet*, deutlich. Die Kirche habe die Verpflichtung, für die Verfolgten und Flüchtenden einzutreten, „auch wenn ihr die Macht und die Mittel fehlen, diese direkt und aktiv gegen Verfolgerstaaten zu schützen.“

Der Münsteraner Dogmatiker *Peter Hünermann* hat einen Ruf auf den zweiten dogmatischen Lehrstuhl des katholischen-theologischen Fachbereichs der Universität Tübingen angenommen, der nach dem Ausscheiden von *Hans Küng* aus dem Fachbereich eingerichtet wurde. Hünermann, der sich in Freiburg mit einer Arbeit über den Durchbruch des geschichtlichen Denkens im 19. Jahrhundert habilitierte, lehrt seit 1971 in Münster.

Nach Ansicht des Fernsehbeauftragten des Rates der EKD, *Hans-Wolfgang Hessler*, ist von der evangelischen Kirche eine „konstruktive Mitwirkung in der Inanspruchnahme neuer Medien“

dort zu erwarten, wo mediale Kommunikation auf gesellschaftliche Mündigkeit hinstrebe. Der medienpolitische Auftrag der evangelischen Kirche bestehe keineswegs nur darin, eigene Belage, Vorstellungen und Absichten in den neuen Medien zu artikulieren. Sie werde auch weiterhin Anwalt der Besorgten und derer sein, „die es schwer haben, sich gegen die Machtpositionen starker Interessengruppierungen durchzusetzen.“

Zum neuen Erzbischof im englischen Birmingham ernannte Johannes Paul II. den gebürtigen Franzosen *Maurice Noël Couve de Murville*, einen entfernten Verwandten des gleichnamigen ehemaligen französischen Premierministers. Der 42jährige Couve de Murville, der seine Ausbildung in Frankreich und in England erhielt, war bisher vor allem als Studentenseelsorger tätig, zuletzt seit 1977 in Cambridge. Er folgte als Erzbischof von Birmingham *George Patrick Dwyer* nach, der im vergangenen Sommer aus Altersgründen zurückgetreten war.

Zu Oster-Großkundgebungen für die Abrüstung riefen 28 prominente Theologen, Wissenschaftler, Schriftsteller und Politiker in einem „Friedensmanifest '82“ auf. In dem u.a. von Pastor *Heinrich Albertz*, dem Schriftsteller *Heinrich Böll* sowie den SPD-Politikern *Erhard Eppler* und *Oskar Lafontaine* unterzeichneten Manifest heißt es: „Ostern 1982 soll ein Fest des Friedens werden. Überall – lokal und regional und auf mehreren Großkundgebungen – wollen wir zeigen, daß der Friede eine zu wichtige Sache ist, als daß man ihn den Verhandlungsdelegationen in Genf oder anderswo überlassen könnte.“

Vor einer Behinderung der Revolution in Ghana hat der „Provisorische Nationale Verteidigungsrat“ unter *Jerry Rawlings* die Kirchen gewarnt.

Bei einer Ansprache vor christlichen Kirchenführern in Accra warf ein Mitglied des Revolutionärs, *Damuah*, den Kirchen vor, „sie kümmern sich mehr um die Politik als die Parteien selbst“. Statt dessen solle sich die Kirche in „sinnvoller Weise an den Umwälzungen beteiligen“. Vor allem durch ein vermehrtes soziales Engagement könnten die Kirchen die konkreten Lebensumstände des Volkes verbessern helfen.

Ihre Unterstützung für die jetzt in Südafrika entstehenden Gewerkschaften der Schwarzen hat die katholische Bischofskonferenz des Landes zugesagt. Wie deren Vorsitzender, Erzbischof *Denis Hurley* von Durban, erklärte, will die Kirche ihre „ganze moralische Kraft“ zu deren Gunsten einsetzen. Dieses Engagement, so Hurley, sei vergleichbar mit dem Einsatz des polnischen Episkopates für die freie Gewerkschaft „Solidarität“. Während die polnischen Arbeiter allerdings gegen ein diktatorisches sozialistisches System aufgestanden seien, kämpften die schwarzen Arbeiter gegen den klassischen Kapitalismus, der „herzlos und unmenschlich“ geworden sei.

Der aus Österreich stammende Bischof *Ricardo Weberberger* (Barreiras/Brasilien) erklärte in einem Interview, schuld am Elend in Lateinamerika seien „die Militärs, das Großkapital und die Politik Washingtons“. Die gegenwärtige US-Politik dränge die notleidenden Menschen „in die Arme Moskaus und Kubas“. Die Kirche müsse in dieser Situation klar Position beziehen. Den Christen in Europa warf er vor, Christenverfolgungen in Lateinamerika nicht wahrhaben zu wollen.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.